

Sperrfrist/Sendesperrfrist: 11. Januar 2011, 11.00 Uhr

**Argumentationslinie des Präsidenten
des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V.**

Dipl.-Ing. Herbert Bodner

für die Jahresauftaktpressekonferenz

am 11. Januar 2011

in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

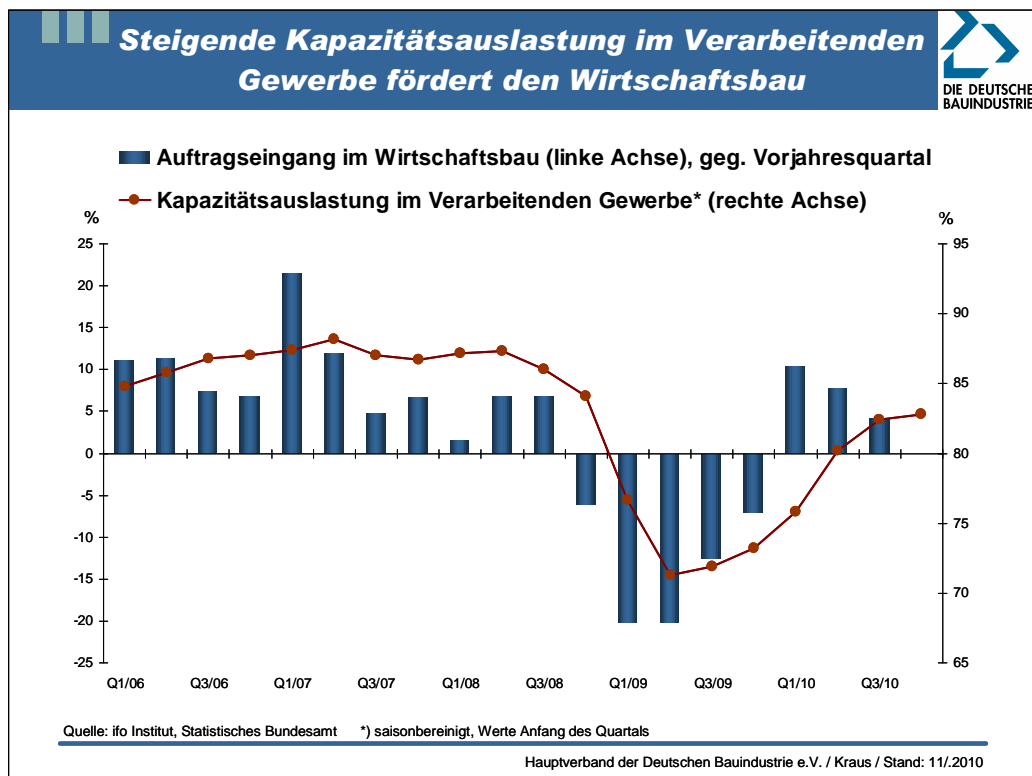
I. Baukonjunkturelle Lage zum Jahreswechsel 2010/2011: Bauhauptgewerbe kämpft um Anschluss an gesamtwirtschaftlichen Aufschwung

1. Das deutsche Bauhauptgewerbe hat den Anschluss an den gesamtwirtschaftlichen Aufschwung noch nicht geschafft. Während die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes 2010 ein Umsatzplus von schätzungsweise 12 % verbuchen konnten, sind die **Umsätze im Bauhauptgewerbe** um 1 % gesunken.

Baugewerbliche Umsätze im deutschen Bauhauptgewerbe im Jahr 2010		
- nominale Veränderungsrate zu 2009 -		
	Deutschland Prognose 2010	Deutschland Januar – Oktober 2010
Wohnungsbau	+ 6,0 %	+ 6,6 %
Wirtschaftsbau	- 4,5 %	- 5,5 %
Öffentlicher Bau	- 3,0 %	- 1,6 %
Gesamt	- 1,0 %	- 0,6 %

Sicherlich hätte das Umsatzergebnis etwas besser ausfallen können, wenn es im Dezember nicht zu einem frühen Wintereinbruch gekommen wäre (Anteil der Unternehmen mit witterungsbedingten Beschränkungen der Bautätigkeit im Dezember 2010: 44 %). Aber auch dann hätte nur eine Bausparte – der Wohnungsbau – ein Umsatzplus erzielt; Wirtschaftsbau und Öffentlicher Bau hätten das Jahr aber auf jeden Fall mit einem Umsatzminus abgeschlossen.

2. Vor allem der **Wirtschaftsbau** hat 2010 die Baubilanz belastet: Die Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe ist zwar angesprungen; es braucht jedoch noch einige Monate, bis die Kapazitätsauslastung wieder so hoch ist, dass bauintensive Erweiterungsinvestitionen in Auftrag gegeben werden.



Dennoch hat sich der Wirtschaftsbau 2010 nicht so schlecht entwickelt wie von uns noch zur Jahresmitte befürchtet: Viele Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes haben die unerwartet rasche Belebung der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur dazu genutzt, Ersatzinvestitionen vorzunehmen, die im Krisenjahr 2009 zurückgestellt worden waren. Die Umsätze im Wirtschaftsbau sind deshalb im vergangenen Jahr nur um nominal 4,5 % zurückgegangen – also nicht um 7,5 % wie von uns zunächst befürchtet.

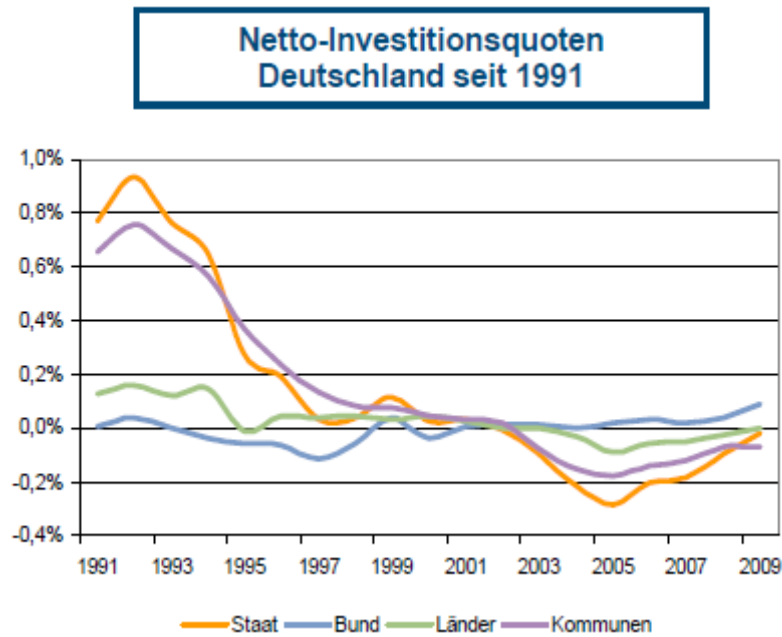
3. Dagegen hat sich der **Öffentliche Bau** 2010 – entgegen den Erwartungen – enttäuschend entwickelt: Immerhin hatte der Bund im Rahmen seiner zwei Konjunkturprogramme für die Jahre 2009 und 2010 Investitionsmittel für den Ausbau und die Sanierung der Bundesverkehrswege und der Bundesbauten sowie zur Förderung von kommunalen Zukunftsinvestitionen im Umfang von knapp 15 Mrd. Euro bereitgestellt, von denen 2009 erst 2,7 Mrd. Euro abgeflossen waren. Mit anderen Worten: Für 2010 war allein im Öffentlichen Bau mit einem Investitionsimpuls von etwas mehr als 12 Mrd. Euro zu rechnen.

	Programm- volumen Mio. Euro	2009		Abfluss- quote	frei für 2010/2011 Mio. Euro
		Soll Mio. Euro	Ist Mio. Euro		
Konjunkturprogramm I	2.000	1.000	944	94,4 %	1.056
Konjunkturprogramm II	12.750				
Bundesverkehrswege	2.000	1.000	427	42,7 %	1.573
Bundesbauten	750	375	88	23,5 %	662
Zukunftsinvestitionsprogramm	10.000	5.000	1.258	25,2 %	8.742
Summe	14.750	7.375	2.717	36,8 %	12.033

Trotzdem sind aber die **Umsätze im Öffentlichen Bau** 2010 nicht gestiegen, sondern um 3 % zurückgegangen. Diese auf den ersten Blick überraschende Entwicklung lässt sich aus drei Faktoren erklären:

- Zum ersten ist der **konjunkturelle Impuls wesentlich schwächer** ausgefallen als von uns erwartet. Es spricht einiges dafür, dass der Bund in den Jahren 2009 und 2010 nur 60 % der Fördermittel auch tatsächlich umgesetzt hat, die verbleibenden 40 % - also immerhin noch 6 Mrd. Euro – werden voraussichtlich erst 2011 ausgabenwirksam.
- Zum zweiten haben viele Kommunen nach der **Streichung des Zusätzlichkeitskriteriums im Zukunftsinvestitionsgesetz** Teile der Fördermittel nicht zur Finanzierung zusätzlicher Investitionen eingesetzt, sondern als reine Budgethilfe vereinnahmt.

Es ist deshalb auch nicht überraschend, dass der seit 2002 schleichende Substanzverzehr an der öffentlichen Infrastruktur trotz der Konjunkturprogramme lediglich auf der Ebene des Bundes, allenfalls noch auf der Länderebene angehalten werden konnte. Dagegen hat sich der Substanzverzehr auf der kommunalen Ebene unvermindert fortgesetzt.



Quelle: Stat. Bundesamt, KfW

- Zum dritten sind die Mittel des Zukunftsinvestitionsprogramms zugunsten der Kommunen **weitgehend am Bauhauptgewerbe vorbeigeflossen**. Die starke Konzentration der Fördermittel auf die energetische Sanierung im Gebäudebestand hat dazu geführt, dass vor allem Unternehmen des Ausbaugewerbes von der staatlichen Förderung profitiert haben.

Für große Unternehmen wie auch für das mittelständische Bauhauptgewerbe kam erschwerend hinzu, dass die **Projekte des Zukunftsinvestitionsprogramms sehr kleinteilig** auf den Markt gebracht worden sind. Die durchschnittliche Projektgröße lag in den Flächenstaaten zwischen 127.000 Euro in Thüringen und 597.000 Euro in Hessen.

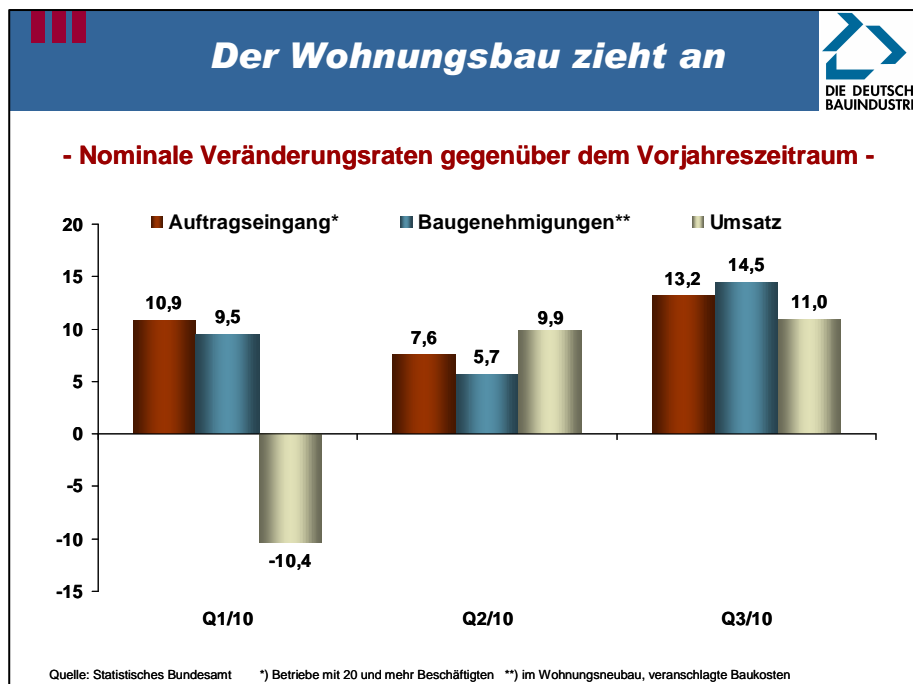
Zukunftsinvestitionsprogramm			
	Volumen in Mio. EUR	Projekte	EUR/Projekt
Baden-Württemberg	1.609,3	5.390	298.500
Bayern	1.020,0	2.065	494.000
Berlin	673,0	785	857.000
Brandenburg	457,1	2.279	200.500
Bremen	118,0	240	491.500
Hessen	1.082,5	1.814	596.500
Mecklenburg-Vorpommern	315,9	554	570.000
Nordrhein-Westfalen	2.551,6	7.354	347.000
Rheinland-Pfalz	624,9	2.642	236.500
Sachsen	507,0	2.065	245.500
Schleswig-Holstein	466,8	1.335	349.600
Thüringen	424,0	3.351	126.500
12 Bundesländer	9.850,1	29.874	329.500

Vor diesem Hintergrund ergibt sich jetzt im Öffentlichen Bau für 2010 statt eines Umsatzzuwachses ein Umsatzminus – und zwar von nominal 3 %.

Unser Fazit über das Konjunkturprogramm des Bundes fällt deshalb zwiespältig aus: Wir erkennen an, dass der Bund seine **Investitionen in die Verkehrswege** für die Jahre 2009 und 2010 deutlich aufgestockt hat. Damit konnte zumindest ein kleiner Teil des Investitionsstaus abgearbeitet werden. Im Gegensatz dazu weist das **Zukunftsinvestitionsprogramm** zugunsten der Kommunen gravierende Schwächen auf:

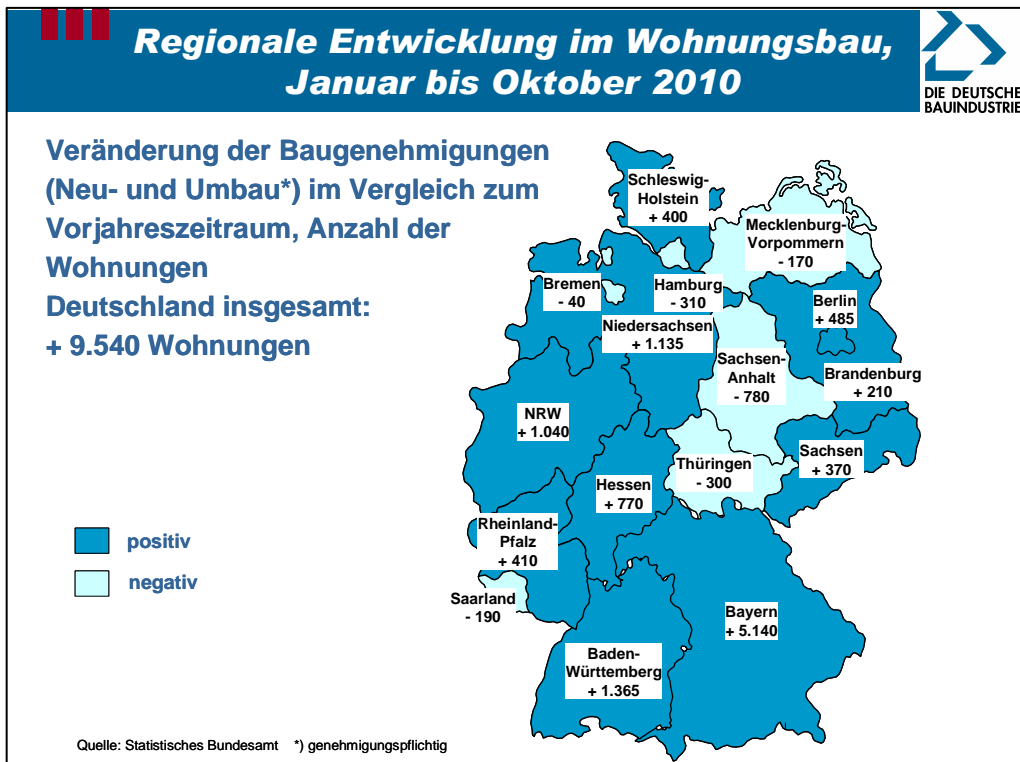
- Der **Anwendungsbereich** war zu wenig auf den tatsächlichen kommunalen Investitionsbedarf abgestimmt. Beispielsweise ist der Investitionsstau im kommunalen Straßenbau vollständig ausgeblendet worden.
- Die **politisch gewollte Kleinteiligkeit der Ausschreibungen** ist mit Abstrichen an der Wirtschaftlichkeit und auch der Nachhaltigkeit der Maßnahmen erkauft worden.
- Die **Aufhebung des Zusätzlichkeitskriteriums** im Zukunftsinvestitionsgesetz hat die konjunkturpolitische Wirksamkeit des gesamten Programms eingeschränkt.

4. Dagegen hat der Erholungsprozess im **Wohnungsbau** 2010 deutliche Fortschritte gemacht: Die Stabilisierung der Einkommenserwartungen im Zuge des Konjunkturaufschwungs, ein wieder erwachtes Interesse der Anleger an Wohnimmobilien, anhaltend niedrige Zinsen und das hohe Niveau der Förderung der energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes haben dazu beigetragen, dass sich die Wohnungsbauumsätze im Verlaufe des Jahres 2010 von Quartal zu Quartal verbessert haben.

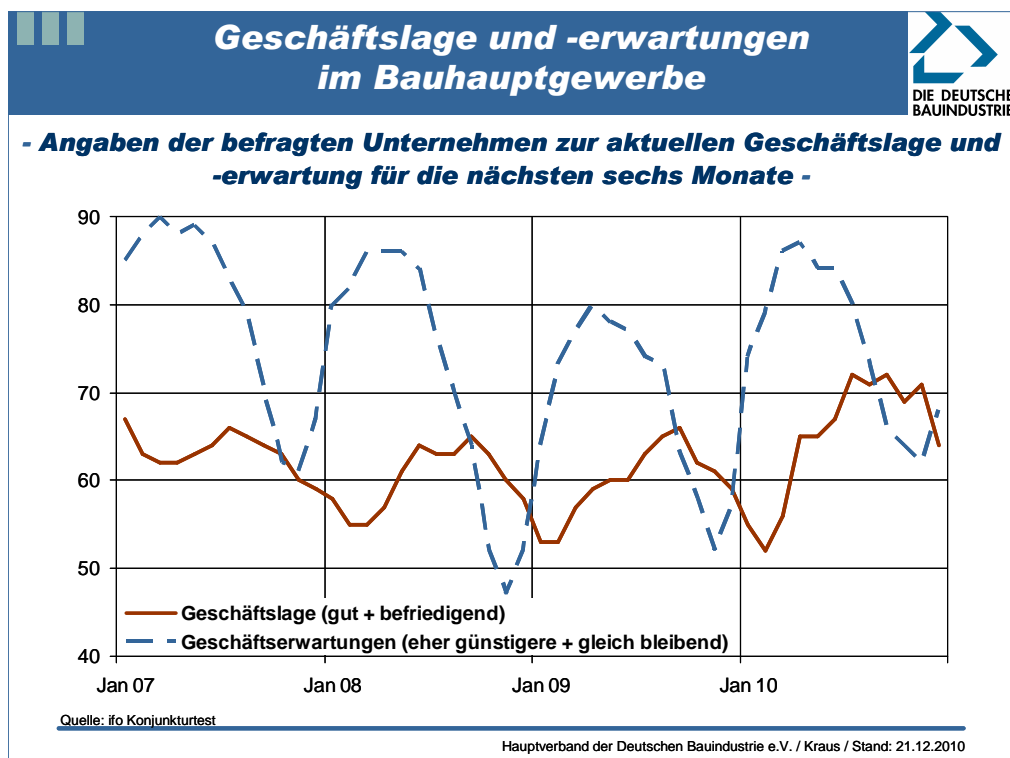


Der Hauptverband sieht sich insoweit in seiner optimistischen Wohnungsbauprognose für 2010 bestätigt. Das Plus wird mit 6 % sogar höher ausfallen als erwartet.

Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass der Erholungsprozess von einem **äußerst niedrigen Niveau** ausgeht. Beispielsweise stehen hinter dem Genehmigungsplus von 6,6 % in den ersten zehn Monaten 2010 in absoluten Zahlen nur 9.500 neue Wohnungen (einschl. genehmigungspflichtige Umbauten). Darüber hinaus hat die Renaissance des Wohnungsbaus Deutschland nur sehr ungleichmäßig erfasst: Zwei Drittel des Genehmigungsplus entfallen auf die beiden süddeutschen Bundesländer.



5. Trotz dieser nicht befriedigenden Jahresbilanz - **das Geschäftsklima im deutschen Bauhauptgewerbe** ist zum Jahreswechsel 2010/2011 freundlicher als zum Jahreswechsel 2009/2010: Beurteilten im Dezember 2009 59 % der befragten Unternehmen ihre **aktuelle Geschäftslage** als verbessert oder zumindest gleichbleibend, waren es im Dezember 2010 immerhin 64 %. Auch das **Vertrauen in die Zukunft** hat zugenommen: Waren es im Dezember 2009 57 % der Unternehmen, die eine gleichbleibende oder verbesserte Geschäftslage für die nächsten sechs Monate erwarteten, lag diese Quote im Dezember 2010 bei 68 %.



Grund zu Optimismus haben vor allem die Unternehmen, die sich im Wohnungsbau engagieren. Eine sprunghaft steigende **Wohnungsbaunachfrage** (Januar – Oktober 2010: + 9,7 %), aber auch zunehmende Baugenehmigungszahlen sowohl für Eigenheime als auch für Mehrfamilienhäuser (Januar - Oktober 2010: + 7,4 %) deuten derzeit daraufhin, dass die Branche auch 2011 mit Zuwächsen rechnen kann.

Ein **Umsatzplus im Wohnungsbau** von 3 %, vielleicht auch mehr, erscheint 2011 erreichbar.

Dagegen bleibt der **Wirtschaftsbau** vorerst noch labil. Zwar ist die Nachfrage nach Wirtschaftsbauten in den ersten zehn Monaten des Jahres 2010 um 7,7 % gestiegen, ein Blick in die Baugenehmigungsstatistik zeigt jedoch, dass vorerst mit Erweiterungsinvestitionen in großem Umfang nicht zu rechnen ist. Noch immer geht das Genehmigungsvolumen für Wirtschaftsbauten zurück; in den Monaten Januar bis Oktober 2010 um über 11 %.

Ob der Wirtschaftsbau schon in diesem Jahr Tritt fassen kann, hängt davon ab, wie robust sich der augenblickliche gesamtwirtschaftliche Aufschwung erweist. Bleibt er stabil, werden auch im Wirtschaftsbau die Auftriebskräfte die Oberhand gewinnen.

Baugenehmigungen im Wirtschaftsbau 2010 veranschlagte Baukosten in Euro Veränderungen in % zum Vorjahreszeitraum				
	1. Q.	2. Q.	3. Q.	Jan.-Okt.
Büro- und Verwaltungsgebäude	-33,4	-36,0	-25,7	-34,9
Fabrik- und Werkstattgebäude	-22,9	-21,4	-7,3	-12,2
Handels- und Lagergebäude	-31,3	10,9	15,2	-0,2
Nichtwohngebäude zusammen	-15,9	-8,6	-1,6	-8,8
davon Wirtschaftsbauten	-31,2	-7,6	1,9	-11,4

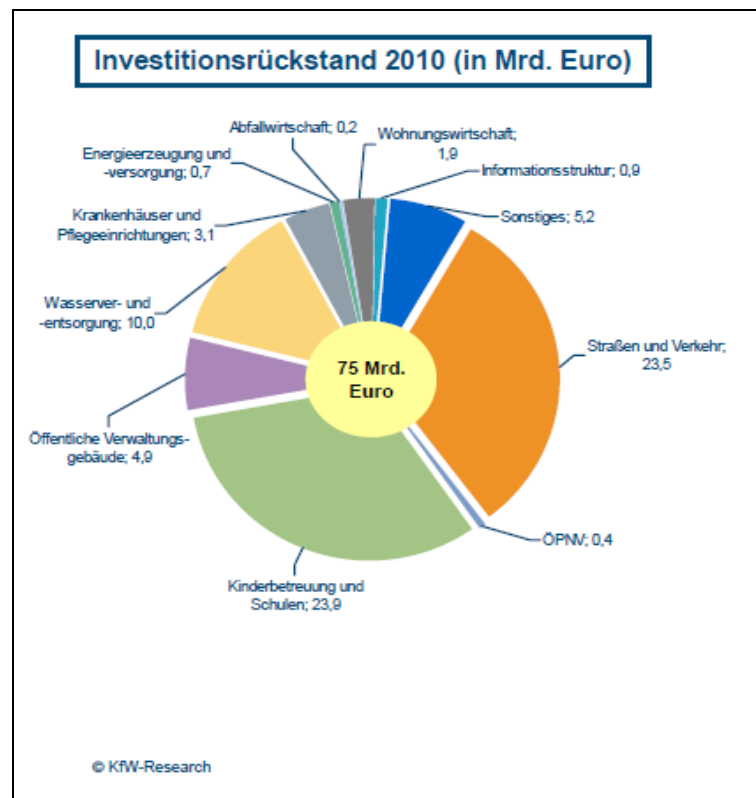
Anhaltspunkte dafür liefert z.B. die DIHK-Herbst-Umfrage: Immerhin gaben 30 % der Industrieunternehmen an, ihre Kapazitäten 2010 erweitern zu wollen (Herbst 2009: 16 %).

Der Hauptverband setzt auf diesen verhaltenen Optimismus; wir gehen deshalb trotz der unbefriedigenden Zahlen der Baugenehmigungsstatistik für 2011 von einem **Umsatzplus im Wirtschaftsbau** von 1 % aus.

Sorgen müssen sich aber Unternehmen machen, die im **Öffentlichen Bau** tätig sind: Auch wenn sich die beiden Konjunkturprogramme noch auf 2011 auswirken, Bund, Länder und Gemeinden werden per Saldo ihre Bauinvestitionen im laufenden Jahr zurückfahren. Der Rückgang wird sich zwar auf der Ebene des Bundes und der Länder noch in Grenzen halten; ein tiefer Einbruch ist aber im Bereich der Kommunen zu befürchten. Darauf deuten die Ergebnisse des KfW-Kommunal-Panels hin, nach dem die kommunalen Investitionen (einschl. kommunale Unternehmen) 2011 um 13 % von 35,5 auf nur noch 31 Mrd. Euro zurückgehen werden.

Zwar werden unseres Erachtens die kommunalen Investitionen nicht ganz so stark sinken wie von der KfW vermutet, ein **Umsatzminus im Öffentlichen Bau** von 4,5 % erscheint uns dennoch wahrscheinlich.

Auch für die weitere Zukunft sind die Kommunen skeptisch: Nur eine knappe Mehrheit glaubt, dass der **kommunale Investitionsstau** von 75 Mrd. Euro in den nächsten fünf Jahren zumindest teilweise abgebaut werden kann (Aufbau: 28 %, Abbau: 30 %). Dabei wollen die Kommunen einen klaren Investitionsakzent im Bereich Schulen setzen (Aufbau: 21 %, Abbau: 54 %), während die Sanierung von Straßen- und Verkehrsinfrastruktur trotz des hohen Bedarfs eher zurückgestellt werden soll (Aufbau: 48 %, Abbau: 23 %).



Umsatzprognose 2011:

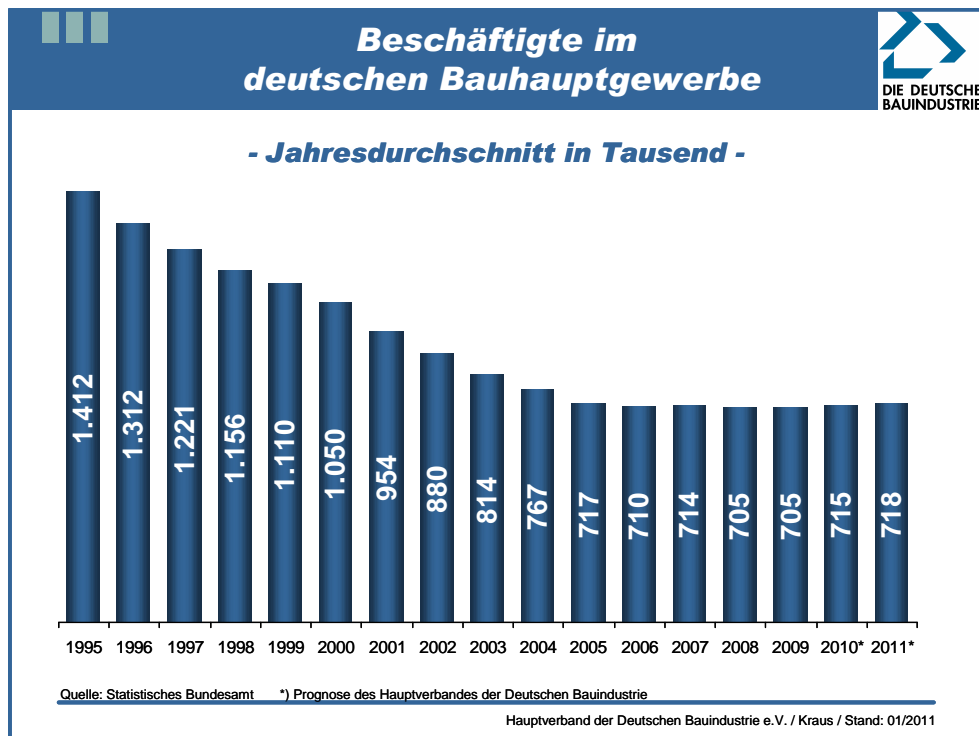
Umsatzprognose Bauhauptgewerbe 2011 Veränderungsrate geg. Vorjahr in %			
Wohnungsbau	Wirtschaftsbau	Öffentlicher Bau	Insgesamt
3,0	1,0	-4,5	0,0

Der Hauptverband geht deshalb davon aus, dass Einbußen im Öffentlichen Bau die Zuwächse im Wohnungsbau und im Wirtschaftsbau weitgehend aufzehren werden. Die Gesamtumsätze werden bestenfalls stagnieren, möglicherweise aber noch einmal um bis zu einem Prozent zurückgehen.

6. Der **Bauarbeitsmarkt** hat sich 2010 trotz Umsatzrückgang erstaunlich robust entwickelt: Das Beschäftigungsniveau im deutschen Bauhauptgewerbe hat sich sogar leicht auf 715.000 Mitarbeiter erhöht. Dazu hat sicherlich die Kurzarbeitergeldregelung einen entscheidenden Beitrag geleistet.

Für die Zukunft ist aber selbst im Falle leicht rückläufiger Umsätze mit einem **Fachkräfteengpass** zu rechnen: Seit Jahren übersteigen die altersbedingten Abgänge (Verrentung) die Zugänge an Nachwuchskräften (2009: 18.000 Rentenzugänge gegenüber 11.000 Lehrlingen im 1. Lehrjahr). Bislang konnten die Unternehmen diese Lücke noch aus der Arbeitslosenreserve schließen; das wird jedoch in Zukunft schwieriger:

- Im Durchschnitt des Jahres 2010 ist **die Zahl der Arbeitslosen** mit bauhauptgewerblichen Berufen um 15,3 % auf 110.000 gesunken.
- Noch enger ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt für **Bauingenieure**: Im gesamten Bundesgebiet gab es im Durchschnitt des Jahres nur noch 3.500 arbeitslose Bauingenieure; das sind 11,8 % weniger als noch 2009.
- Gleichzeitig steigt die **Zahl der offenen Stellen** für Bauingenieure, aber auch für Bauarbeiter seit einigen Monaten an.



Vor diesem Hintergrund sehen wir dem Auslaufen der Übergangsfristen für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern und die Entsendung von Arbeitskräften aus acht MOE-Staaten zum 1. Mai 2011 weniger besorgt entgegen: Immerhin eröffnet sich damit auch die Chance, Nachwuchskräfte für deutsche Bauunternehmen zu gewinnen, wenn der Arbeitskräftebedarf aus eigenem Nachwuchs nicht mehr gedeckt werden kann.

Zwar ist nicht auszuschließen, dass es vor allem in Grenzregionen zu Verwerfungen auf dem Baumarkt kommen kann, das Risiko erscheint uns jedoch überschaubar, da Baukapazitäten inzwischen auch in vielen MOE-Staaten, z.B. in Polen (Bauproduktion 2009: + 4,5 %, 2010: + 3,0 %), knapp geworden sind. Voraussetzung ist jedoch, dass

- es auch weiterhin in Deutschland **allgemeinverbindlich erklärte tarifliche Mindestlöhne** gibt, an die sich auch MOE-Unternehmen halten müssen,
- die **Übergangsfristen** für die wirtschaftlich noch schwachen Länder Bulgarien und Rumänien verlängert werden und
- **Schwarzarbeit** und **illegale Beschäftigung** durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) konsequent bekämpft werden.

Wünschenswert wäre mittelfristig ein einheitlicher Mindestlohn für alle, unabhängig davon, ob es sich um gelernte oder ungelernte Arbeitskräfte handelt, und unabhängig davon, ob sich eine Baustelle in den neuen oder den alten Bundesländern befindet.

Beschäftigtenprognose 2011:

Für das Jahr 2011 sind wir deshalb optimistisch, dass das Beschäftigungsniveau trotz der Unsicherheiten über die weitere wirtschaftliche Entwicklung gehalten werden kann.

II. Unsere Herausforderung: Neues Vertrauen in die Leistungskraft der deutschen Bauindustrie schaffen

Die deutsche Bauindustrie konnte sich 2010 über einen Mangel an kontroversen Themen nicht beklagen. Zweifel an der **Ausführungsqualität von Bauwerken, Widerstand gegen Großbauvorhaben**, die drohende **feindliche Übernahme der Firma Hochtief durch das spanische Bauunternehmen ACS** – es gab eine Vielzahl von Fragen, auf die neue Antworten gefunden werden mussten bzw. noch gefunden würden müssen:

- Gibt es noch eine **Zukunft für Großbauunternehmen** am Standort Deutschland?
- Kann man gegen Bürgerbewegungen überhaupt noch **Großbauvorhaben in Deutschland** durchsetzen?
- Was ist zu tun, um das **Qualitätsimage** der deutschen Bauindustrie zu sichern?

1. Warum brauchen wir auch in Deutschland eine starke Bauindustrie?

Großbauunternehmen verfügen in Deutschland über wesentlich niedrigere **Marktanteile** als in den meisten anderen europäischen Staaten: Während die sechs größten Bauunternehmen in Frankreich auf einen Marktanteil von knapp 20 %, in Spanien auf etwas mehr als 26 % kommen und die drei größten schwedischen Bauunternehmen sogar fast ein Drittel des heimischen Marktes beherrschen, beträgt der Marktanteil der sechs größten deutschen Bauunternehmen lediglich 6 %.

Für diese strukturelle Sonderstellung der deutschen Bauindustrie innerhalb Europas ist vor allem der schwache **Deal-Flow an Großprojekten** verantwortlich: In Deutschland werden wesentlich weniger Großprojekte an den Markt gebracht als in anderen Staaten. Dabei mangelt es keineswegs an geeigneten Projekten; der Mangel ergibt sich vielmehr aus dem im deutschen Vergaberecht verankerten Zwang zur Zerlegung von Projekten in Fach- und Teillose.

Trotzdem ist auch Deutschland auf eine starke Großbauindustrie angewiesen:

- Komplexe Hochbauprojekte wie z.B. der Bau von Universitätskliniken erfordern **Management-Know-how** und **technisches Know-how**, wie es nur von großen Bauunternehmen bereitgestellt werden kann.
- Große Infrastrukturprojekte wie die Fehmarnbeltquerung, unterirdische Bahnhöfe wie Stuttgart 21, aber auch die Hochgeschwindigkeitsstrecken der Deutschen Bahn AG erfordern hohe und umfassende **Ingenieurkompetenz**.
- Großbauunternehmen werden aber auch für die Umstellung der deutschen **Energieversorgung** auf regenerative Energien gebraucht. Die 50 Offshore-Windparks, die sich derzeit in Planung befinden, stellen hohe Anforderungen an die **bautechnische Kompetenz**, aber auch an die Fähigkeit zur Lösung **komplexer logistischer Probleme**.

Sicher ist richtig, dass solche Aufgaben auch von ausländischen Konzernen übernommen werden könnten. Die deutsche Bauindustrie bekennt sich zum Prozess der **Europäisierung des Baumarktes**. Wir warnen jedoch davor, den Verlust an Steuerungskompetenz zu unterschätzen, der mit einer feindlichen Übernahme deutscher Marktführer und deren Zerschlagung verbunden wäre. Deutsche Unternehmen würden künftig als **Generalunternehmen** bei internationalen Großprojekten wie dem Gotthardbasistunnel leer ausgehen. Vermutlich hätten lediglich Spezialunternehmen als Nachunternehmer noch eine Chance.

Ein Rückzug der deutschen Großbauindustrie aus dem internationalen Geschäft hätte **Auswirkungen auf die gesamte deutsche Wirtschaft**: Die internationale Wettbewerbsposition deutscher Planer würde schwieriger, Spezialbauunternehmen wie Maschinenbauer müssten künftig auf die „Zugkraft“ eines starken deutschen Partners verzichten. Das Ergebnis wäre der **Abfluss von Ingenieurkompetenz** ins Ausland und damit auch **eine geringere Verfügbarkeit von Ingenieurkompetenz im eigenen Land**.

Mit anderen Worten: Der Erfolg des Wirtschaftsstandorts Deutschland beruht ganz erheblich auf der Leistungsfähigkeit seiner Exportindustrien. Es wäre fahrlässig, den Anteil der deutschen Bauindustrie daran zu unterschätzen.

Die für die Bauindustrie geltende Sorge lässt sich auf andere Branchen übertragen. Wenn sich Hochtief einem feindlichen Übernahmeversuch ausgesetzt sieht, ist das möglicherweise

nur der Anfang einer **feindlichen Übernahmewelle**. Hinweise darauf liefert z.B. der Mergers & Acquisitions-Index der internationalen Anwaltssozietät Allen & Overy, nach dem das Volumen feindlicher Übernahmen im dritten Quartal 2010 ein Dreijahreshoch erreicht hat.

Deutschland sollte sich dagegen wappnen. Es ist schon aus industriepolitischen Gründen geboten, alle **Lücken im deutschen Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz zu schließen**, die Deutschland zu einem bevorzugten „Tummelplatz“ für feindliche Übernahmen machen könnten. Das deutsche Übernahmerecht muss „wetterfest“ gemacht werden, z.B. durch die Einführung von **Creeping-In-Vorschriften**, die eine schleichende Übernahme von Unternehmen erschweren würden.

Zu diskutieren ist jedoch nicht nur das Übernahmerecht, sondern vor allem unsere wenig entwickelte Aktienkultur. Wirtschaft und Politik müssen verstärkt darüber nachdenken, wie die im internationalen Vergleich niedrige Börsenbewertung deutscher Unternehmen nachhaltig verbessert werden kann. Die Anlageform Aktie muss in Deutschland attraktiver werden. Was läge z.B. näher, als sich dabei auch über **neue Formen von Mitarbeiterbeteiligung** Gedanken zu machen.

2. Große Infrastrukturvorhaben in der Akzeptanzkrise: Neues Vertrauen schaffen

Bei vielen Kritikern, die eine Großbauindustrie am Standort Deutschland für verzichtbar halten, schwingt die Meinung mit, dass Deutschland inzwischen „gebaut“ ist, große Bauvorhaben also nicht mehr notwendig sind.

Wer in Deutschland Großbauvorhaben vorantreiben will, der sieht sich oft **geballerter Bürgerkritik** gegenüber:

- Fast alle Deutschen sind zwar dafür, dass alte CO₂-intensive Kraftwerke vom Netz genommen werden sollten. Trotzdem stößt der Neubau von **Kraftwerken** auf einen breiten Bürgerwiderstand.
- Fast alle Deutschen unterstützen die Umstellung der **Energieversorgung** von fossilen auf regenerative Energien. Gleichzeitig formieren sich aber auch Bürgerbewegungen, die sich gegen den für diese Umstellung notwendigen Bau von neuen **Stromtrassen** und **Speicherkapazitäten** richten.

- Alle Deutschen wollen Mobilität. Trotzdem richtet sich traditionell der größte Bürgerwiderstand gegen **Verkehrsprojekte**, z.B. gegen die Fehmarnbeltquerung, die Hochmoselquerung oder das Projekt „Stuttgart 21“.

Parallel dazu formiert sich der **Widerstand gegen Öffentlich Private Partnerschaften**. Privatisierungskritiker wie Attac, Teile der Gewerkschaften, aber auch der Parteien diskreditieren ÖPP-Projekte als „Gefahr für die demokratische Entscheidungsfindung“.

Für die deutsche Bauindustrie ist klar, dass wir der **Blockade von Infrastrukturvorhaben** nicht tatenlos zusehen dürfen. Wir verfügen in Deutschland zwar noch über gut ausgebaute Infrastrukturnetze, auf die wir nach wie vor im internationalen Standortwettbewerb setzen können. Untersuchungen zeigen aber auch, dass Deutschland gemessen am **Standortfaktor Infrastruktur** im **Ranking der Investitionsstandorte** allmählich zurückfällt.

Politik und Verwaltung werden also **Strategien** entwickeln müssen, wie sie die **Akzeptanz für große Infrastrukturvorhaben** in Deutschland verbessern wollen. Lassen Sie mich vier Elemente einer solchen Strategie nennen:

1. Politik und Verwaltung sollten die **Bürger** früher als bisher in die Entwicklung von großen Infrastrukturvorhaben **einbinden**.

Die **Berücksichtigung** von **berechtigten Bürgerinteressen** in der Frühphase der Planung kann dazu beitragen, den Infrastrukturgegnern den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Es kann dabei auch hilfreich sein, frühzeitig **Mediatoren** einzuschalten, die zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung vermitteln. Das zeigt z.B. das Projekt der vierten Start- und Landebahn für den Flughafen Frankfurt, das dank eines Mediators ohne große Konflikte umgesetzt werden konnte.

Darüber hinaus ist es sicher richtig, bei **Projekten von ausschließlich regionaler Bedeutung** die Bevölkerung der Region direkt zu befragen. Wie das Beispiel der Waldschlößchenbrücke in Dresden gezeigt hat, wissen die Bürger in diesen Fällen Nutzen und Kosten einer Maßnahme am besten zu beurteilen. Dagegen wäre es falsch, die Entscheidung über **Infrastrukturprojekte von bundesweiter Bedeutung** allein den regional betroffenen Bürgern zu überlassen. In einem solchen Fall gilt es, die

Belastungen, die den örtlich betroffenen Bürgern zugemutet werden, gegen die Vorteile für die gesamte Gesellschaft abzuwägen. Dafür sind die gewählten Parlamente nach wie vor die einzigen demokratisch legitimierte Institutionen.

2. Große Infrastrukturvorhaben sehen sich oft dem Vorwurf der **Intransparenz** ausgesetzt. Die Komplexität solcher Vorhaben macht es den Gegnern leicht, Mäuscheleien zu lasten des Bürgers zu vermuten. Die Attac-Kampagne gegen „ÖPP-Geheimverträge“ ist dafür ein Beispiel.

Der Hauptverband hat sich deshalb entschlossen, diesen Vorwürfen im Bereich der Öffentlich Privaten Partnerschaften mit einer Initiative für **mehr Transparenz von Planungs-, Genehmigungs- und Ausschreibungsverfahren**, aber auch für eine **größere Offenheit in der Kommunikation von Vertragsinhalten** zu begegnen.

Unser Arbeitskreis Öffentlich Private Partnerschaften hat dazu **Leitlinien** entwickelt, die wir gemeinsam mit den öffentlichen Auftraggebern umsetzen möchten. Dazu zählen

- eine offensive Kommunikation der **Ergebnisse der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung**,
- die Offenlegung wesentlicher **Vertragsinhalte**,
- die Kommunikation mit der Öffentlichkeit über eine **Projektplattform** und
- ein **Transparenzbericht**, in dem die Projektfortschritte während der Betriebsphase kommuniziert werden.

Die Grundgedanken lassen sich sicherlich auch auf konventionelle Projekte übertragen.

3. **Planungs- und Genehmigungsverfahren** müssen schneller abgeschlossen werden.

Eine Studie des Consulting-Unternehmens Schmid Mobility Solutions GmbH hat ergeben, dass bei Neubauprojekten im Bereich der Bundesfernstraßen von der ersten Planung bis zur Fertigstellung mehr als 20 Jahre vergehen. Das führt nicht nur dazu, dass die Planungskosten fast so hoch sind wie die reinen Baukosten; es führt auch dazu, dass die Bürger als Folge der langwierigen Planungs- und Genehmigungsprozesse den Bezug zum Projekt wieder verlieren.

Politik, Verwaltung und, wenn nötig, auch unsere Gerichte müssen schneller entscheiden. Es kann nicht sein, dass um ein Projekt wie die Isental-Autobahn in Bayern 35 Jahre politisch und juristisch gerungen wird.

4. **Demokratische Entscheidungen** für oder gegen ein Infrastrukturvorhaben müssen am Ende auch **von der unterlegenen Partei respektiert** werden. Wenn Gegner des Projekts Stuttgart 21 für sich ein übergesetzliches Widerstandsrecht reklamieren, dann stellt dies die Grundsätze unseres Rechtsstaats in Frage. Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer ist deshalb zuzustimmen, wenn er in der Bundestagsdebatte über Stuttgart 21 feststellt: „Die Politik muss dazu stehen, was der Rechtsstaat hervorgebracht hat“.

3. Qualitätsleitlinien

Die deutsche Bauindustrie kann aber auch selbst etwas tun, um die Akzeptanz von großen Bauvorhaben zu erhöhen. Unser Hebel heißt: **Sicherung der Qualität von Planen und Bauen.**

Deutsche Bauingenieurkunst hat weltweit einen exzellenten Ruf. Die Referenzliste der deutschen Bauindustrie reicht von der Gründung des Burj Kalifa, des derzeit höchsten Gebäudes der Welt, bis hin zum Gotthard-Basistunnel, dem derzeit längsten Tunnel der Welt.

Die Diskussion über das Kölner U-Bahn-Projekt hat uns jedoch vor Augen geführt, dass wir um diesen guten Ruf ständig kämpfen müssen. Wir haben deshalb „**10 Kernpunkte**“ formuliert, mit deren Hilfe wir die Qualitätsdiskussion in unserer Branche anregen wollen. Drei dieser Punkte möchten wir Ihnen zum Abschluss vorstellen:

- **Die Qualität von Bauwerken ist stets so gut wie die Qualität der Prozesse, die zur Ersterung dieses Bauwerks geführt haben.**

Wir wollen deshalb künftig verstärkt auf die Qualität der Baupartner achten, die wir an der Herstellung unserer Bauwerke beteiligen. Dazu gilt es, die **Unternehmenspräqualifikation** auszubauen und **Präqualifikationsverfahren für Architekten und Ingenieure** einzuführen.

- **Bauqualität steht und fällt mit der Qualifikation der Menschen, die in den Unternehmen beschäftigt sind.**

Wir wollen deshalb künftig in unseren Unternehmen noch stärker auf **Personalentwicklung** setzen. Der gute Ruf der **Ausbildung** in den überbetrieblichen Ausbildungszentren ist das Eine, eine konsequente **Weiterbildung** in den Unternehmen das Andere.

- **Qualitätsmängel lassen sich vielfach vermeiden, wenn ausführungsbezogenes Fachwissen schon in der Planungsphase in ein Projekt eingebunden wird.**

Wir möchten deshalb künftig noch stärker für **kooperative Vertragsformen** wie das „Partnering“ werben, in denen Planer und Bauausführer frühzeitig zum Nutzen des Auftraggebers zusammengeführt werden.

Bauprojekte bleiben aber stets Unikate. Wir werden niemals - wie unsere Kollegen im Verarbeitenden Gewerbe – fehlerhafte Produkte zur Nachjustierung zurückrufen bzw. die Fehler der ersten Produktcharge in der zweiten beseitigen können. Es ist deshalb systembedingt, wenn auf Baustellen Fehler vorkommen; das Qualitätsunternehmen ist daran zu erkennen, wie es Fehlern bestmöglich vorbeugt und wie es im Falle von Fehlern mit ihnen umgeht.

Berlin, 11. Januar 2011
02/11
St/kk

**PRESSE-
INFORMATION**

Umsatzprognose 2011:

- **Umsätze im deutschen Bauhauptgewerbe auf Vorjahresniveau**
- **Einbruch im Öffentlichen Bau zehrt Zuwächse im Wohnungsbau und im Wirtschaftsbau auf**

Das deutsche Bauhauptgewerbe hat den Anschluss an den gesamtwirtschaftlichen Aufschwung noch nicht geschafft. Diese Auffassung vertrat heute in Berlin der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie Dipl.-Ing. Herbert Bodner in seiner Jahresauftaktpressekonferenz. Während die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes 2010 ein Umsatzplus von 12 % hätten verbuchen können, seien die Umsätze im Bauhauptgewerbe um nominal 1 % gesunken. Für das Jahre 2011 erwartet Bodner bestenfalls stabile Umsätze auf Vorjahresniveau, möglicherweise aber noch einmal einen Umsatzrückgang von bis zu 1 %.

Vor allem der **Wirtschaftsbau** habe 2010 die Baubilanz belastet, erläuterte Bodner. Die Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe sei zwar angesprungen; es brauche jedoch noch einige Monate, bis wieder bauintensive Erweiterungsinvestitionen in Auftrag gegeben würden. Dennoch sei das Umsatzminus dank des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs mit 4,5 % nicht ganz so hoch ausgefallen wie zunächst befürchtet. Ob der Wirtschaftsbau schon 2011

Hauptverband der
Deutschen Bauindustrie e.V.

Postanschrift: 10898 Berlin

Kurfürstenstraße 129
10785 Berlin
Telefon 0 30 / 2 12 86-0
Telefax 0 30 / 2 12 86-189

Herausgegeben von der
Hauptabteilung Volkswirtschaft,
Information und Kommunikation
Dipl.-Volkswirt Dr. Heiko Stiepelmann
Telefon 0 30 / 2 12 86-140
E-Mail:
Heiko.Stiepelmann@bauindustrie.de

wieder Tritt fassen werde, hänge davon ab, wie robust sich der augenblickliche Aufschwung erweisen werde. Bleibe er stabil, würden auch im Wirtschaftsbau die Auftriebskräfte die Oberhand gewinnen. Der Hauptverband könne sich in diesem Fall für 2011 im Wirtschaftsbau ein Umsatzplus von nominal 1 % vorstellen.

Dagegen habe der Erholungsprozess im **Wohnungsbau** bereits 2010 deutliche Fortschritte gemacht, berichtete Bodner. Die Stabilisierung der Einkommenserwartungen im Zuge des Konjunkturaufschwungs, ein wieder erwachtes Interesse der Anleger an Wohnimmobilien, anhaltend niedrige Zinsen und das hohe Niveau der Förderung der energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes habe zu einem Umsatzplus von nominal 6 % beigetragen. Allerdings gehe der Erholungsprozess von einem äußerst niedrigen Niveau aus. Bodner rechnet damit, dass sich die „Renaissance des Wohnungsbaus“ 2011 fortsetzen wird. Ein Umsatzplus von 3 %, vielleicht auch mehr, erscheine erreichbar.

Als enttäuschend bezeichnete Bodner die Entwicklung des **Öffentlichen Baus** im Jahr 2010. Immerhin habe der Bund im Rahmen seiner zwei Konjunkturprogramme für die Jahre 2009 und 2010 Investitionsmittel im Umfang von knapp 15 Mrd. Euro bereitgestellt. Trotzdem seien die Umsätze im Öffentlichen Bau 2010 nicht gestiegen, sondern um 3 % zurückgegangen. Bodner führt dies auf einen verzögerten Abfluss der Fördermittel, die Streichung des Zusätzlichkeitskriteriums im Zukunftsinvestitionsgesetz und die starke Konzentration der Fördermittel auf die energetische Sanierung im Gebäudebestand zurück. Für 2011 erwartet Bodner einen weiteren Rückgang der Umsätze im Öffentlichen Bau von 4,5 %. Ein tiefer Einbruch sei im kommunalen Bereich zu befürchten. Darauf deuteten die Ergebnisse des KfW-Kommunal-Panels hin, nach dem die kommunalen Investitionen (einschl. kommunale Unternehmen) 2011 um 13 % von 35,5 auf nur noch 31 Mrd. Euro zurückgehen würden.

Auch im Internet abrufbar: www.bauindustrie.de

Berlin, 11. Januar 2011
03/11
St/kk

**PRESSE-
INFORMATION**

**Große Infrastrukturvorhaben in der Akzeptanzkrise:
Bauindustrie empfiehlt stärkere Einbindung der Bürger, mehr
Transparenz und beschleunigte Planungs- und
Genehmigungsverfahren**

„Politik und Verwaltung werden Strategien entwickeln müssen, wie sie die Akzeptanz für große Infrastrukturvorhaben in Deutschland verbessern wollen.“ Mit diesen Worten äußerte sich heute in Berlin der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie Dipl.-Ing. Herbert Bodner zum wachsenden Bürgerwiderstand gegen große Infrastrukturprojekte wie die Fehmarnbeltquerung, die Hochmoselquerung oder das Bahnprojekt „Stuttgart 21“. Es sei klar, dass Politik und Wirtschaft der Blockade von Infrastrukturvorhaben nicht mehr lange tatenlos zusehen dürften. Deutschland verfüge zwar noch über gut ausgebaute Infrastrukturnetze, Untersuchungen zeigten aber auch, dass Deutschland gemessen am Standortfaktor Infrastruktur im Ranking der Investitionsstandorte allmählich zurückfalle.

Politik und Verwaltung empfiehlt Bodner, die Bürger künftig früher als bisher in die Entwicklung von großen Infrastrukturvorhaben einzubinden. Die Berücksichtigung von berechtigten Bürgerinteressen in der Frühphase der Planung könne dazu beitragen, den Infrastrukturgegnern „den Wind aus den Segeln zu nehmen“. Es könne dabei auch hilfreich sein, frühzeitig Mediatoren einzu-

Hauptverband der
Deutschen Bauindustrie e.V.

Postanschrift: 10898 Berlin

Kurfürstenstraße 129
10785 Berlin
Telefon 0 30 / 2 12 86-0
Telefax 0 30 / 2 12 86-189

Herausgegeben von der
Hauptabteilung Volkswirtschaft,
Information und Kommunikation
Dipl.-Volkswirt Dr. Heiko Stiepelmann
Telefon 0 30 / 2 12 86-140
E-Mail:
Heiko.Stiepelmann@bauindustrie.de

schalten, die zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung vermittelten. Das zeige das Projekt der vierten Start- und Landebahn für den Flughafen Frankfurt, das dank eines Mediators ohne große Konflikte hätte umgesetzt werden können.

Darüber hinaus plädiert Bodner dafür, bei Projekten von ausschließlich regionaler Bedeutung die Bevölkerung der Region direkt zu befragen. Wie das Beispiel der Waldschlösschenbrücke in Dresden gezeigt habe, wüssten die Bürger in diesen Fällen Nutzen und Kosten einer Maßnahme am besten zu beurteilen. Dagegen wäre es falsch, die Entscheidung über Infrastrukturprojekte von bundesweiter Bedeutung allein den regional betroffenen Bürgern zu überlassen. In einem solchen Fall gelte es, die Belastungen, die den örtlich betroffenen Bürgern zugemutet würden, gegen die Vorteile für die gesamte Gesellschaft abzuwägen. Dafür seien die gewählten Parlamente nach wie vor die einzigen demokratisch legitimierten Institutionen.

Generell müssten Politik und Verwaltung jedoch darüber nachdenken, wie Planungs- und Genehmigungsverfahren schneller abgeschlossen werden könnten. Man dürfe nicht hinnehmen, dass bei Neubauprojekten im Bereich der Bundesfernstraßen von der Planung bis zur Fertigstellung in vielen Fällen mehr als 20 Jahre vergehen könnten. Das führe nicht nur zu Planungskosten, die fast so hoch seien wie die reinen Baukosten; das führe auch dazu, dass die Bürger als Folge der langwierigen Planungs- und Genehmigungsprozesse den Bezug zum Projekt wieder verlören. Demokratische Entscheidungen für oder gegen ein Infrastrukturvorhaben müssten aber auch von der unterlegenen Partei respektiert werden. Bodner: „Wenn Gegner des Projekts ‚Stuttgart 21‘ für sich ein übergesetzliches Widerstandsrecht reklamieren, dann stellt dies die Grundsätze unseres Rechtsstaats in Frage.“

*Auch im Internet abrufbar:
www.bauindustrie.de*

Entwicklung der baugewerblichen Umsätze im Bauhauptgewerbe 2005 - 2011

Westdeutschland ohne Berlin, Ostdeutschland mit Gesamt-Berlin

		2005		2006		2007		2008		2009		2010*		2011*	
		Mio. EUR	in % z. Vorjahr	Mio. EUR	in % z. Vorjahr	Mio. EUR	in % z. Vorjahr	Mio. EUR	in % z. Vorjahr	Mio. EUR	in % z. Vorjahr	Mio. EUR	in % z. Vorjahr	Mio. EUR	in % z. Vorjahr
West	Wohnungsbau	20.282	-5,2	22.487	10,9	20.798	-7,5	21.261	2,2	20.370	-4,2	21.800	7,0		
	Wirtschaftsbau	20.033	-5,0	22.310	11,4	23.238	4,2	26.250	13,0	23.488	-10,5	21.800	-7,0		
	D Öffentlicher Bau	16.684	-4,0	17.822	6,8	18.332	2,9	19.431	6,0	20.039	3,1	19.450	-3,0		
	Zusammen	56.999	-4,8	62.619	9,9	62.368	-0,4	66.942	7,3	63.897	-4,5	63.050	-1,5		
Ost	Wohnungsbau	4.178	-18,1	4.467	6,9	4.581	2,5	4.652	1,5	4.302	-7,5	4.400	2,5		
	Wirtschaftsbau	6.776	-4,3	7.634	12,7	7.403	-3,0	7.660	3,5	7.361	-3,9	7.600	3,5		
	D Öffentlicher Bau	6.353	-6,4	6.451	1,5	6.348	-1,6	6.388	0,6	6.655	4,2	6.450	-3,0		
	Zusammen	17.307	-8,8	18.552	7,2	18.331	-1,2	18.699	2,0	18.318	-2,0	18.450	0,5		
D	Wohnungsbau	24.460	-7,7	26.954	10,2	25.379	-5,8	25.913	2,1	24.672	-4,8	26.200	6,0	27.000	3,0
	Wirtschaftsbau	26.809	-4,8	29.944	11,7	30.640	2,3	33.910	10,7	30.849	-9,0	29.400	-4,5	29.700	1,0
	Öffentlicher Bau	23.037	-4,7	24.273	5,4	24.680	1,7	25.819	4,6	26.694	3,4	25.900	-3,0	24.750	-4,5
	Zusammen	74.306	-5,7	81.170	9,2	80.699	-0,6	85.642	6,1	82.215	-4,0	81.500	-1,0	81.450	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

*) Prognose des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V., Veränderungsraten gerundet

Stand: 05.01.2011

Bauarbeitsmarkt Deutschland 1991 - 2011

Jahr	Beschäftigte Bauhauptgewerbe ¹⁾				Arbeitslose ²⁾		Anteile	Erwerbsfähige ³⁾		Anteile ⁴⁾	Anteile ⁵⁾
	insgesamt		darunter Arbeiter ⁶⁾		mit bauhaupt- gewerblichen Berufen		Spalte 5 / Spalte 3	Spalte 3 + Spalte 5		Spalte 5 / Spalte 8	Spalte 3 / Spalte 5
	Anzahl in 1.000	geg. Vorj. in %	Anzahl in 1.000	geg. Vorj. in %	Anzahl in 1.000	geg. Vorj. in %	Anteil in %	Anzahl in 1.000	geg. Vorj. in %	Anteil in %	Anteil
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1991	1.282	-	974	-	103	-	11	-	-	-	-
1992	1.301	1	989	2	110	-	11	1.099	-	10	9,0
1993	1.342	3	1.016	3	129	17	13	1.145	4	11	7,9
1994	1.405	5	1.058	4	136	5	13	1.194	4	11	7,8
1995	1.412	0	1.046	-1	164	21	16	1.211	1	14	6,4
1996	1.312	-7	950	-9	229	39	24	1.179	-3	19	4,1
1997	1.221	-7	868	-9	272	18	31	1.140	-3	24	3,2
1998	1.156	-5	814	-6	267	-2	33	1.081	-5	25	3,0
1999	1.110	-4	783	-4	241	-10	31	1.024	-5	23	3,3
2000	1.050	-5	736	-6	247	3	34	983	-4	25	3,0
2001	954	-9	662	-10	266	8	40	928	-6	29	2,5
2002	880	-8	607	-8	275	4	45	882	-5	31	2,2
2003	814	-7	560	-8	282	2	50	841	-5	33	2,0
2004	767	-6	521	-7	278	-1	53	800	-5	35	1,9
2005	717	-7	480	-8	260	-7	54	740	-7	35	1,8
2006	710	-0,9	475	-0,9	200	-23	42	675	-9	30	2,4
2007	714	0,5	477	0,3	154	-23	32	631	-7	24	3,1
2008	705	-1,2	471	-1,2	130	-16	28	601	-5	22	3,6
2009	705	-0,1	472	0,2	130	0	28	602	0	22	3,6
2010*	715	1,5	480	1,7	111	-15	23	591	-2	19	4,3
2011*	718	0,5	483	0,6	101	-9	21	584	-1	17	4,8

1) Quelle: Statistisches Bundesamt

2) Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA)

Die Arbeitslosenzahlen enthalten ab 2005 lediglich die Daten von 370 Kommunen. Die 69 Optionskommunen, die die Leistungen des Sozialgesetzbuches in eigener Trägerschaft und anstelle der BA übernehmen sind nicht enthalten. Die Daten sind somit unterzeichnet.

3) inländische Arbeiter im Bauhauptgewerbe

4) Arbeitslosenquote

5) auf ... Beschäftigte kommt ein arbeitsloser Bauarbeiter

6) Die Daten werden vom Statistischen Bundesamt ab 2007 nicht mehr erhoben. Ab 2007 Berechnung des Hauptverbandes auf Grundlage der Ergänzungserhebung im Juni.

*) 2010: Schätzung, 2011: Prognose des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V., Zahlen gerundet



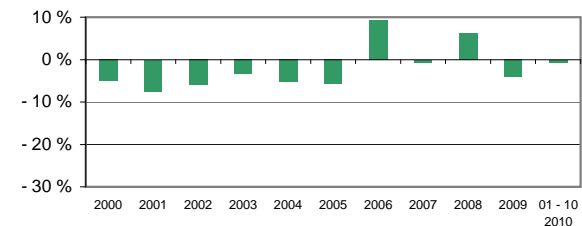
Januar 2011

Statistisches Material zum

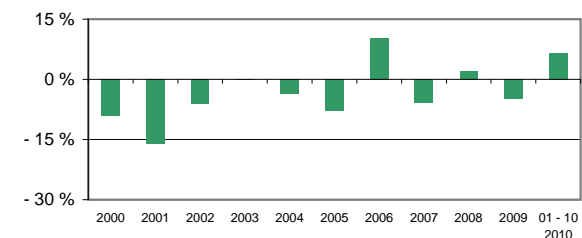
deutschen Baumarkt 2000 - 2010

Pressekonferenz des Präsidenten des
Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e. V.,
Dipl.-Ing. Herbert Bodner, am 11. Januar 2011, in Berlin

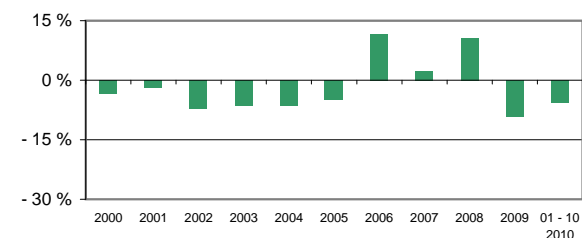
1. Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	01 - 10 2010
Mio. Euro	98.641	91.344	85.977	83.181	78.828	74.306	81.170	80.699	85.642	82.215	65.663
gg. Vorjahr	-5,0 %	-7,4 %	-5,9 %	-3,3 %	-5,2 %	-5,7 %	9,2 %	-0,6 %	6,1 %	-4,0 %	-0,6 %
2000 = 100		92,6	87,2	84,3	79,9	75,3	82,3	81,8	86,8	83,3	



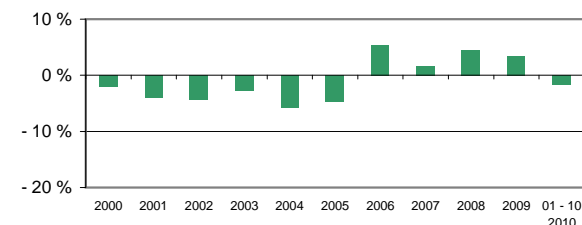
2. Umsatz des Bauhauptgewerbes im Wohnungsbau											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	01 - 10 2010
Mio. Euro	34.730	29.195	27.483	27.455	26.499	24.460	26.954	25.379	25.913	24.672	21.145
gg. Vorjahr	-9,0 %	-15,9 %	-5,9 %	-0,1 %	-3,5 %	-7,7 %	10,2 %	-5,8 %	2,1 %	-4,8 %	6,6 %
2000 = 100		84,1	79,1	79,1	76,3	70,4	77,6	73,1	74,6	71,0	



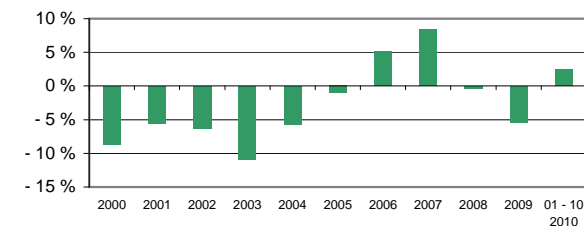
3. Umsatz des Bauhauptgewerbes im Wirtschaftsbau											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	01 - 10 2010
Mio. Euro	35.232	34.619	32.127	30.066	28.166	26.809	29.944	30.640	33.910	30.849	23.549
gg. Vorjahr	-3,2 %	-1,7 %	-7,2 %	-6,4 %	-6,3 %	-4,8 %	11,7 %	2,3 %	10,7 %	-9,0 %	-5,5 %
2000 = 100		98,3	91,2	85,3	79,9	76,1	85,0	87,0	96,2	87,6	



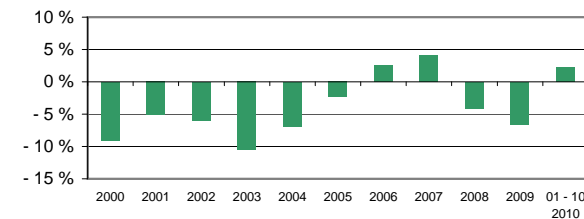
4. Umsatz des Bauhauptgewerbes im Öffentlichen Bau											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	01 - 10 2010
Mio. Euro	28.679	27.530	26.367	25.659	24.163	23.037	24.273	24.680	25.819	26.694	20.969
gg. Vorjahr	-1,9 %	-4,0 %	-4,2 %	-2,7 %	-5,8 %	-4,7 %	5,4 %	1,7 %	4,6 %	3,4 %	-1,6 %
2000 = 100		96,0	91,9	89,5	84,3	80,3	84,6	86,1	90,0	93,1	



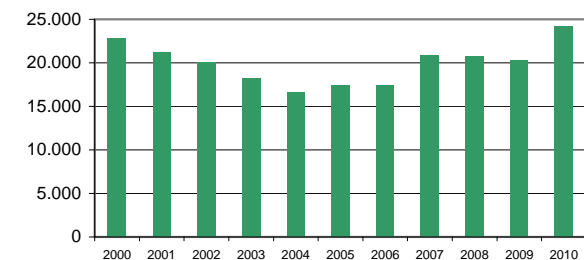
5. Nominaler Auftragseingang im Bauhauptgewerbe*											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	01 - 10 2010
Mio. Euro	58.972	55.749	52.273	46.853	43.982	43.549	45.771	49.635	49.487	46.798	40.906
gg. Vorjahr	-8,7 %	-5,5 %	-6,2 %	-10,8 %	-5,7 %	-1,0 %	5,1 %	8,4 %	-0,3 %	-5,4 %	2,5 %
2000 = 100		94,5	88,6	79,4	74,6	73,8	77,6	84,2	83,9	79,4	



6. Realer Auftragseingang im Bauhauptgewerbe*											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	01 - 10 2010
gg. Vorjahr	-9,0 %	-5,1 %	-5,9 %	-10,5 %	-6,9 %	-2,3 %	2,5 %	4,1 %	-4,1 %	-6,6 %	2,2 %
2000 = 100		94,9	89,5	80,2	74,7	73,0	75,0	78,0	74,8	69,9	



7. Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe Ende September*											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Mio. Euro	22.776	21.254	20.089	18.244	16.670	17.429	17.463	20.849	20.755	20.307	24.142
gg. Vorj.	-10,4 %	-6,7 %	-5,5 %	-9,2 %	-8,6 %	4,6 %	0,2 %	19,4 %	-0,5 %	-2,2 %	6,7 %
2000 = 100		93,3	88,2	80,1	73,2	76,5	76,7	91,5	91,1	89,2	106,0

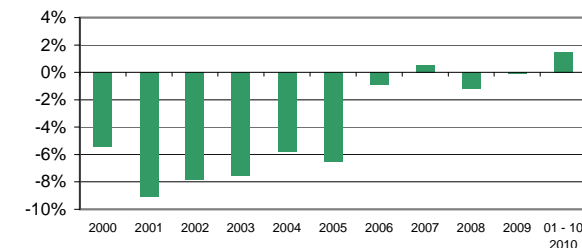


8. Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe je Beschäftigten zum Jahresende*										
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1.000 Euro	36,3	38,3	40,9	40,9	41,2	46,5	46,1	55,5	55,9	53,9
gg. Vorj.	0,0 %	5,5 %	6,8 %	0,0 %	0,7 %	12,9 %	-0,9 %	20,4 %	0,7 %	-3,6 %
2000 = 100		105,5	112,7	112,7	113,5	128,1	127,0	152,9	154,0	148,5

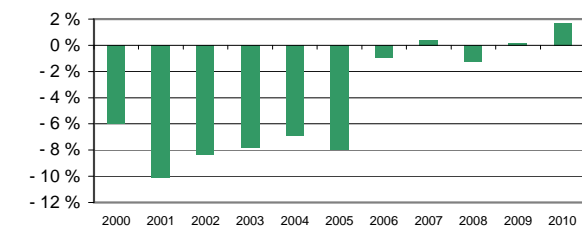


* Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten

9. Beschäftigte im Bauhauptgewerbe im Jahresdurchschnitt											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	01 - 10 2010
in Tausend	1.050	954	880	814	767	717	711	714	705	705	715
gg. Vorjahr	-5,4 %	-9,1 %	-7,8 %	-7,5 %	-5,8 %	-6,5 %	-0,9 %	0,5 %	-1,2 %	-0,1 %	1,5 %
2000 = 100		90,9	83,8	77,5	73,0	68,3	67,7	68,0	67,1	67,1	



10. Gewerblich Beschäftigte im Bauhauptgewerbe im Jahresdurchschnitt*											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
in Tausend	736	662	607	560	521	480	475	477	471	472	480
gg. Vorjahr	-6,0 %	-10,1 %	-8,3 %	-7,8 %	-6,9 %	-8,0 %	-0,9 %	0,4 %	-1,2 %	0,2 %	1,7 %
2000 = 100		89,9	82,5	76,1	70,8	65,2	64,5	64,8	64,0	64,1	65,2



* ab 2007 Berechnung des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie

11. Arbeitslose im Bauhauptgewerbe im Jahresdurchschnitt											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005*	2006*	2007*	2008*	2009*	2010*
Zahl	246.863	265.508	274.960	281.795	278.246	259.973	200.098	154.218	130.013	130.442	110.519
gg. Vorjahr	2,6 %	7,6 %	3,6 %	2,5 %	-1,3 %		-23,0 %	-22,9 %	-15,7 %	0,3 %	-15,3 %

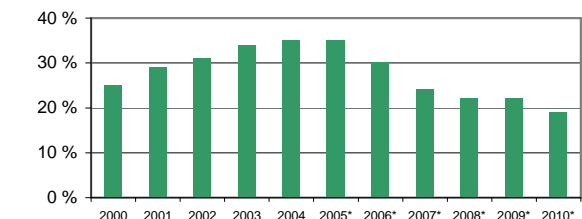


* Werte ab 2005 aufgrund neuer Systematik unterzeichnet und mit Vorjahren nicht vergleichbar
69 Optionskommunen weisen arbeitslose Bauarbeiter nicht getrennt aus, diese fehlen in der Statistik.

12. Arbeitslosenquote im Bauhauptgewerbe im Jahresdurchschnitt											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005*	2006*	2007*	2008*	2009*	2010*
Quote	25 %	29 %	31 %	34 %	35 %	35 %	30 %	24 %	22 %	22 %	19 %

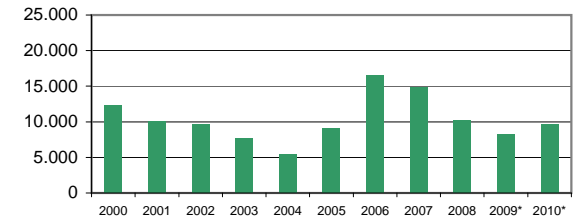
Anteil der Arbeitslosen mit bauhauptgewerblichen Berufen an den erwerbsfähigen Bauarbeitern

Berechnung des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, * siehe Fußnote zu 11



13. Offene Stellen (ungefördert) für Bauarbeiter im Bauhauptgewerbe im Jahresdurchschnitt											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009*	2010*
Zahl	12.312	10.021	9.626	7.711	5.440	9.160	16.506	14.816	10.247	8.240	9.700
gg. Vorjahr		-18,6 %	-3,9 %	-19,9 %	-29,5 %	68,4 %	80,2 %	-10,2 %	-30,8 %	-19,6 %	17,7 %
2000 = 100		81,4	78,2	62,6	44,2	74,4	134,1	120,3	83,2	66,9	78,8

* Schätzung Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (Aufgrund einer Softwareumstellung kann die Bundesagentur für Arbeit für den Zeitraum 09/09 bis 05/10 keine Daten ausweisen.)

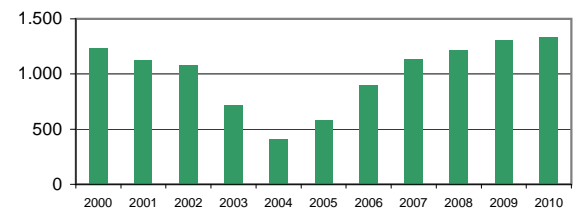


14. Arbeitslose Bauingenieure im Jahresdurchschnitt											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Zahl	14.154	14.934	15.484	16.316	15.369	13.956	9.185	5.626	4.386	3.979	3.511
gg. Vorjahr		0,1 %	5,5 %	3,7 %	5,4 %	-5,8 %	-9,2 %	-34,2 %	-38,7 %	-22,0 %	-9,3 %
2000 = 100		105,5	109,4	115,3	108,6	98,6	64,9	39,7	31,0	28,1	24,8



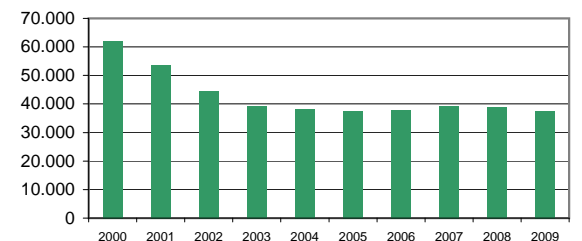
15. Offene Stellen für Bauingenieure im Jahresdurchschnitt*											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Zahl	1.235	1.126	1.075	716	412	577	899	1.132	1.213	1.310	1.333
gg. Vorjahr		-8,8 %	-4,5 %	-33,4 %	-42,5 %	40,0 %	55,8 %	25,8 %	7,2 %	8,0 %	1,8 %
2000 = 100		91,2	87,0	58,0	33,4	46,7	72,8	91,7	98,2	106,1	107,9

* ab 2006 ungefördernde Stellen



16. Lehrlinge im Bauhauptgewerbe zum Jahresende*										
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Zahl	62.170	53.636	44.658	39.124	38.092	37.695	38.083	39.248	38.903	37.649
gg. Vorjahr		-10,0 %	-13,8 %	-16,6 %	-12,4 %	-2,6 %	-1,0 %	1,1 %	3,1 %	-0,9 %
2000 = 100		86,3	71,8	62,9	61,3	60,6	61,3	63,1	62,6	60,6

* Sozialkassen der Bauwirtschaft



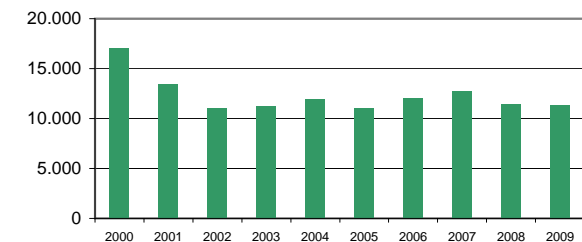
17. Lehrlinge je 100 Facharbeiter im Bauhauptgewerbe jeweils Ende Juni*											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Zahl	11,8	11,6	10,9	10,1	9,8	10,4	10,5	11,2	11,4	11,2	10,6

* Berechnung des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie



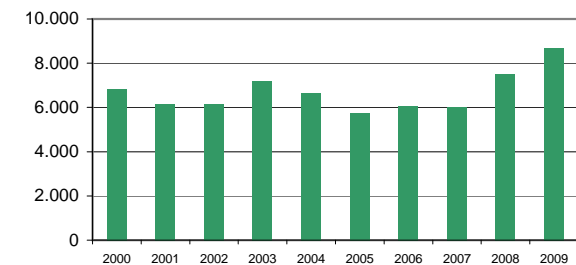
18. Lehrlinge im Bauhauptgewerbe im 1. Lehrjahr zum Jahresende*										
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Zahl	17.089	13.424	11.018	11.244	11.916	11.020	11.997	12.762	11.477	11.322
gg. Vorjahr		-21,4 %	-17,9 %	2,1 %	6,0 %	-7,5 %	8,9 %	6,4 %	-10,1 %	-1,4 %
2000 = 100		78,6	64,5	65,8	69,7	64,5	70,2	74,7	67,2	66,3

* Sozialkassen der Bauwirtschaft



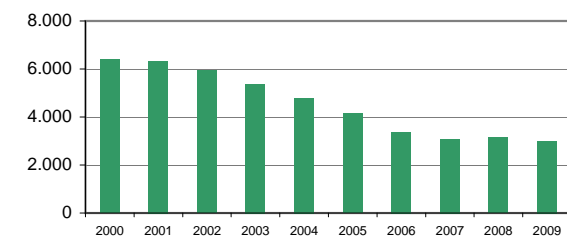
19. Studienanfänger im Bauingenieurwesen*										
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Zahl	6.825	6.143	6.135	7.181	6.641	5.732	6.051	6.002	7.529	8.687
gg. Vorj.		-5,8 %	-10,0 %	-0,1 %	17,0 %	-7,5 %	-13,7 %	5,6 %	-0,8 %	25,4 %
2000 = 100		90,0	89,9	105,2	97,3	84,0	88,7	87,9	110,3	127,3

* Hauptverband der Deutschen Bauindustrie nach Angaben der Hochschulen



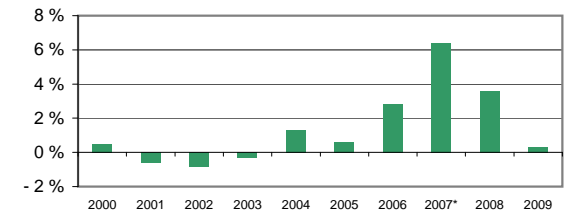
20. Studienabsolventen im Bauingenieurwesen*										
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Zahl	6.399	6.353	5.928	5.389	4.805	4.142	3.373	3.083	3.147	3.009
gg. Vorj.		0,5 %	-0,7 %	-7,2 %	-8,9 %	-12,3 %	-13,8 %	-18,6 %	-8,6 %	2,1 %
2000 = 100		99,3	92,6	84,2	75,1	64,7	52,7	48,2	49,2	47,0

* Hauptverband der Deutschen Bauindustrie nach Angaben der Hochschulen

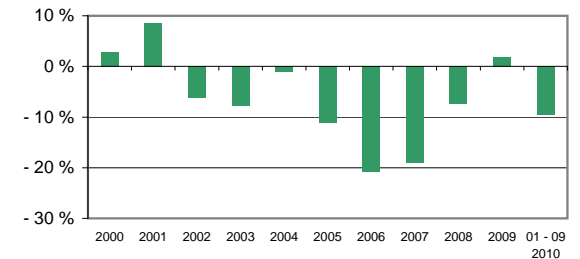


21. Preise für Leistungen des Bauhauptgewerbes										
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007*	2008	2009
Preise	0,5 %	-0,6 %	-0,8 %	-0,3 %	1,3 %	0,6 %	2,8 %	6,4 %	3,6 %	0,3 %
2000 = 100		99,4	98,6	98,3	99,6	100,2	103,0	109,5	113,6	113,9

* inklusive der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar

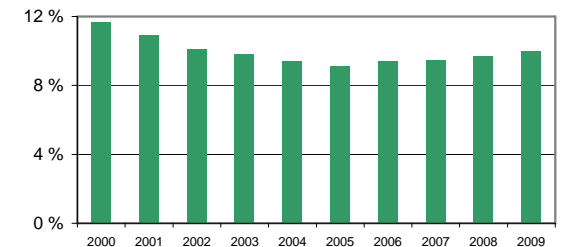


22. Insolvenzen im Bauhauptgewerbe											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	01 - 09 2010
Zahl	4.524	4.909	4.612	4.257	4.214	3.742	2.963	2.403	2.227	2.270	1.597
gg. Vorjahr	2,8 %	8,5 %	-6,1 %	-7,7 %	-1,0 %	-11,2 %	-20,8 %	-18,9 %	-7,3 %	1,9 %	-9,6 %
2000 = 100		108,5	101,9	94,1	93,1	82,7	65,5	53,1	49,2	50,2	



23. Bauinvestitionsquote*										
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Quote	11,7 %	10,9 %	10,1 %	9,8 %	9,4 %	9,1 %	9,4 %	9,5 %	9,7 %	10,0 %

* Bauinvestitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen
Berechnung des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie



24. Bruttowertschöpfung des Baugewerbes*										
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Quote	5,2 %	4,8 %	4,6 %	4,4 %	4,2 %	4,0 %	3,9 %	4,0 %	4,0 %	4,3 %

* in Relation zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Preisen
Berechnung des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie

